

19.02.2026

Stellungnahme der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) zum SPD-Impulspapier „Sichere Soziale Medien“ vom 15. Februar 2026

Die GMK begrüßt, dass die politische Debatte um soziale Medien und den Schutz junger Menschen an Fahrt gewinnt. Die Probleme sind real und sie sind groß: Algorithmisch gesteuerte Aufmerksamkeitsbindung, Desinformation und psychische Belastungen durch sozialen Druck und Hassrede sind ernsthaft gesellschaftliche Herausforderungen, denen wir begegnen müssen.

Aber zu ernsthaften Herausforderungen gilt es auch nachhaltige Lösungen zu finden. Und dazu gehört die notwendige Differenzierung.

Nein zu pauschalen Verboten – ja zu Regulierung mit Konsequenz

Die GMK lehnt pauschale Verbote sozialer Medien für Kinder und Jugendliche ab. Sie verletzen Rechte, die in der UN-Kinderrechtskonvention verankert sind: das Recht auf soziale und kulturelle Teilhabe, auf Bildung, auf Information und auf Meinungsäußerung. Soziale Medien sind keine reine Freizeitoption. Sicherlich, sie sind für viele Jugendliche zentrale Räume ihrer Lebenswelt, in denen sie sich treffen, miteinander kommunizieren und Zerstreuung und Unterhaltung suchen. Aber sie sind auch die Räume, in denen demokratische Selbstwirksamkeit eingeübt wird, in denen Öffentlichkeit entsteht, in denen gesellschaftliches Engagement beginnt. Wer junge Menschen aus diesen Räumen ausschließt, schützt sie nicht nur vor Risiken, sondern schließt sie aus der Gesellschaft aus.

Alle Kinder und Jugendlichen mitdenken und einbeziehen

Verbote treffen nicht alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen. Junge Menschen aus ressourcenstarken Familien erfahren häufig eine enge elterliche Begleitung sowie Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien und verfügen über alternative Freizeitangebote. Andere wachsen unter Bedingungen auf, in denen digitale Räume wichtige soziale, kulturelle und informelle Lernorte darstellen. Wer ausschließlich mit Verbotten agiert, verstärkt bestehende Ungleichheiten, statt sie auszugleichen. Kinder- und Jugendmedienschutz muss daher auch sozialpolitisch gedacht werden und darf strukturelle Benachteiligungen nicht weiter verschärfen.

Außerdem fehlen die Kinder und Jugendlichen bei der Gestaltung der Debatte nach wie vor. Wenn wir sie ernsthaft beteiligen wollen, darf es nicht bei symbolischen Verweisen bleiben. Notwendig sind verbindliche Beteiligungsformate, etwa Jugendbeiräte auf Landes- und Bundesebene, strukturierte Anhörungen in Gesetzgebungsverfahren oder begleitende Jugendpanels bei regulatorischen Maßnahmen. Nur wenn junge Menschen ihre Erfahrungen mit Plattformen, Risiken und Schutzbedarfen einbringen können, entstehen Regelungen, die sowohl wirksam als auch lebensnah sind. Ihre Meinungen, Wünsche und Bedürfnisse müssen konsequent miteinbezogen werden, denn sie sind am Ende diejenigen, die von einem Verbot hauptsächlich betroffen sind.

Plattformen regulieren, nicht junge Menschen

Dabei sollte Politik nicht in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, sondern die Plattformen adressieren, weil diese die primäre Verantwortung tragen und ihr nicht nachkommen. Der Digital Services Act,

das Jugendschutzgesetz, die KI-Verordnung: Es gibt bereits Rechtsrahmen, die Schutz böten, wenn sie konsequent durchgesetzt würden. Sie weisen den Plattformen klare Pflichten zu. Aus rechtlicher Sicht ist es erforderlich, sie zur Umsetzung dieser Verpflichtungen zu zwingen, anstatt elementare Rechte junger Menschen zu verletzen, indem unter Verweis auf das Vorsorgeprinzip pauschale Verbote verhängt werden.

Die Forderungen nach datensicherer, überwachungssarmer Nutzung, nach Safety-by-default, nach algorithmischer Steuerung nur per Opt-in und nach Transparenz bei KI-generierten Inhalten unterstützt die GMK ausdrücklich. Ebenso die Regulierung aller Mechanismen, die auf lange Verweildauer und Verhaltenslenkung ausgelegt sind: Endlos-Srollen, ständige Push-Benachrichtigungen und variable Belohnungssysteme sind keine neutralen Funktionen, sondern bewusste Eingriffe in das Nutzungsverhalten. Plattformen, die sich ihrer Verantwortung entziehen und solche Funktionen und Mechanismen nicht entfernen, müssen wirksame Konsequenzen erfahren.

Wo sichere, altersgerechte Alternativen zu kommerziellen Plattformen fehlen, müssen Staaten in deren Entwicklung und Bereitstellung investieren. Medienpädagogisch begleitete, nicht-kommerzielle Räume für digitale Kommunikation und Beteiligung sind kein Luxus, sie sind eine demokratische Notwendigkeit.

Medienkompetenz ist keine Fußnote

Das SPD-Impulspapier erwähnt Medienkompetenz im letzten Absatz in einem Satz. Das wird ihrem Stellenwert keinesfalls gerecht.

Regulierung ist ein Baustein zum Schutz vor den Risiken der Plattformen. Was junge Menschen nachhaltig schützt, ist die Fähigkeit, sich in digitalen Räumen souverän bewegen zu können. Diese Fähigkeit entsteht nicht durch Verbote, sie entsteht durch Bildung. Und sie braucht Zeit, Finanzierung und Begleitung.

Notwendig ist eine eigenständige Infrastruktur, die ausreichend mit Ressourcen ausgestattet ist und die Förderung von Medienkompetenz ermöglicht. Dazu gehört erstens die Fähigkeit zur Risikowahrnehmung, also zu verstehen, welche Mechanismen auf welche Verhaltensweisen abzielen und aus welchen Gründen. Zweitens braucht es die Fähigkeit zur Selbstregulation, also mit Unterstützung und schrittweise eigene Grenzen im Umgang mit Medien setzen und einhalten zu können. Drittens ist Beschwerde- und Hilfesuchkompetenz wichtig, also zu wissen, an wen man sich wenden kann, wenn etwas schiefläuft, und auf welche Weise. Schließlich gehört auch das Verständnis digitaler Systeme als bewusst gestaltete Systeme mit einer von außen gesetzten Intention dazu, denn wer einen Algorithmus als neutrale Technik begreift, ist ihm schutzlos ausgeliefert, während diejenigen, die ihn als Produkt wirtschaftlicher Interessen erkennen, sich dazu bewusst positionieren können.

Diese Kompetenzen fallen nicht vom Himmel. Sie müssen vermittelt werden, und zwar in Schulen, in Kitas, in der Jugendarbeit und in der Familienberatung. Das erfordert ausgebildetes Fachpersonal, stabile Strukturen und dauerhafte Förderung. **Die GMK fordert, dass die Förderung von Medienkompetenz und medienpädagogischer Kompetenz als gleichrangige dritte Säule neben Plattformregulierung und technischen Schutzmaßnahmen in der Gesetzgebung und Haushaltsplanung verankert wird.**

Eltern sind Teil der Lösung, aber nicht allein verantwortlich

Erziehungsverantwortung gilt auch im digitalen Raum. Eltern sind die erste und oft prägende Instanz, wenn es darum geht, wie Kinder mit Medien umgehen. Die GMK erinnert daran, dass elterliche Begleitung, Gespräche und das gemeinsame Aushandeln von Regeln wirksamer und nachhaltiger sind als technische Sperren allein.

Zugleich gilt: Eltern können diese Verantwortung nur tragen, wenn sie selbst Orientierung erhalten. Viele Eltern fühlen sich mit der Geschwindigkeit digitaler Entwicklungen allein gelassen. Elternbildung, niedrigschwellige Beratungsangebote und verlässliche Informationsquellen gehören deshalb ebenso zur notwendigen Infrastruktur wie schulische Medienkompetenzprogramme. Erziehungsverantwortung an Eltern zu delegieren, ohne ihnen die nötigen Ressourcen und Unterstützungsstrukturen bereitzustellen, ist keine seriöse Politik – es ist das Abschieben staatlicher Verantwortung.

Was jetzt gebraucht wird

Die GMK lädt die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des SPD-Impulspapiers zum Fachgespräch ein. Medienpädagogische Expertise muss in die Gesetzgebungsprozesse einfließen, und zwar nicht als Korrektiv im Nachhinein, sondern von Anfang an. Schutz und Teilhabe, Regulierung und Befähigung, Plattformverantwortung und Medienbildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Das sind keine Entweder-Oder-Alternativen, es sind nachhaltige, differenzierte Antworten auf ernsthafte Herausforderungen unserer Zeit.

--

Über die GMK:

Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) setzt sich für die Förderung einer ganzheitlichen, umfassenden Medienpädagogik und Medienkompetenz ein. Hierbei gilt es, soziale, ethische, kulturelle, kreative und politische Aspekte mit technischen Kompetenzen und Voraussetzungen zu verknüpfen. Die GMK wurde 1984 als bundesweiter Zusammenschluss von Fachleuten aus den Bereichen Bildung, Kultur und Medien gegründet. Als gemeinnütziger Verein und größter medienpädagogischer Fachverband für Institutionen und Einzelpersonen ist die GMK Plattform für Diskussionen, Kooperationen und neue Initiativen.

Kontakt:

GMK e.V. | Obernstr. 24 a, 33602 Bielefeld | 0521 6 77 88 | gmk@medienpaed.de | www.gmk-net.de